

Schriftenreihe
Polizieren: Polizei, Wissenschaft und Gesellschaft

herausgegeben von
Thomas Feltes (Bochum) und Jo Reichertz (Duisburg/Essen)

Band 7

Robin Hofmann (Hrsg.)

Europas neue Grenzen

Polizeiliche Herausforderungen im Zeitalter
der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur

ISBN 978-3-86676-389-0

Verlag für Polizeiwissenschaft

Prof. Dr. Clemens Lorei

Teil 3: Neue polizeiliche und gesellschaftliche Herausforderungen

Thomas Feltes

Community Policing – ein Modell für Länder im oder nach einem gesellschaftlichen Umbruch?

Die Idee der bürgernahen Polizei, des Community Policing oder der kommunalen Kriminalprävention wurde in den letzten Jahren mit stetig steigender Intensität von Polizeibehörden, aber auch von Kommunen und Ministerien in fast allen Ländern rund um den Globus verfolgt. Die Begriffe sind kennzeichnend für die in den 80er Jahren gewachsene Einsicht ist, dass die Probleme der inneren Sicherheit mit monolithischen oder gar zentralistischen Ansätzen und einem quasi militärischen Verständnis nicht zu bewältigen sind. Dies gilt auch und besonders für Länder, die sich um Umbruch befinden. Entsprechend wurden in den letzten 15 Jahren bei fast allen internationalen Polizeieinsätze und der darauf folgenden (Neu-)Aufbau der Inneren Sicherheit verschiedenste Modelle des Community Policing implementiert – meist (oder fast immer), ohne dabei auf die lokalen sozialen und rechtlichen Kulturen Rücksicht zu nehmen.

Dabei ist der Ansatz im Prinzip richtig: Öffentliche Sicherheit muss als ein wichtiges Gut in der postmodernen Gesellschaft gesehen werden. Der demokratische Staat ist verpflichtet, dieses Gut seinen Bürgern zu garantieren und er wird zunehmend daran gemessen, wie gut er dies tut. Sicherheit gehört zur immateriellen Infrastruktur aller gesellschaftlichen Gruppen, aber vor allem auch der unteren sozialen Schichten. Dabei muss wahrgenommene Lebensqualität nicht identisch sein mit realer Lebensqualität und subjektivem Wohlbefinden.

Die kriminologische Forschung konnte seit den 70er Jahren nachweisen, dass sowohl spezial-, als auch generalpräventive Maßnahmen ihre Grenzen haben. Weder mit Behandlung und Therapie, noch mit Abschreckung und Repression lässt sich das „Problem Kriminalität“ lösen. Auch überkommene Vorstellungen von polizeilichen Maßnahmen mussten aufgegeben werden. So ist die Erhöhung der Entdeckungswahrscheinlichkeit nur bedingt realisierbar, und selbst dort, wo sie (z.B. durch massiven Polizeieinsatz) realisiert wird, führt sie meist lediglich zu einer räumlichen oder deliktischen Verlagerung von Problemen.

Auch die Reduktion von Tatgelegenheiten und individuelles Schutzverhalten führen nicht oder zumindest nicht immer oder nicht auf Dauer zu einer echten Reduzierung von Kriminalität. So hat sich das Konzept des "Defensible Space" ebenso wie das des "Social Engineering" über Kontrollnetzwerke nicht durchsetzen können. Hinzu kommt, dass eine Sicherung durch zu viel Polizei zu eskalierenden Gefährdungsvermutungen und zu verstärkter Wahrnehmung von Unordnung führen kann und damit im Ergebnis die Bemühungen zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls konterkariert.

Ein kommunales Sicherheitskonzept muss ein maßgeschneidertes Sicherheitskonzept sein. Ein solches Konzept verlangt aber als erstes ein genaues und umfassendes "Maß-Nehmen", eine Bestandsaufnahme von Problemen, Schwierigkeiten, aber auch Chancen einer bestimmten Kommune. Das maßgeschneiderte Sicherheitskonzept - der "Maßanzug" - kann später nur so gut sein, wie zuvor die Rahmenbedingungen, für die es erstellt wird, ausgemessen wurden.

Für ein kommunales Sicherheitskonzept bedeutet dies:

Erstens muss eine Analyse der polizeilich bekannten Kriminalitätslage erfolgen, wie sie sich in der Kriminalstatistik und damit im Anzeigeverhalten der Bevölkerung darstellt (es wird bewusst nicht der Begriff "objektive Sicherheitslage" verwandt, da dieser den - fälschlichen - Eindruck erweckt, die angezeigten Straftaten würden einer "objektiven" Lage entsprechen); als Methode hierzu bietet sich die Analyse der Polizeilichen Kriminalstatistik auf einem möglichst kleinen räumlichen Niveau an. Dabei sind jedoch die bekannten Einschränkungen, wie Dunkelfeldproblematik, Faktoren, die das Anzeigeverhalten beeinflussen können und Besonderheiten im Bereich der "Hol-Kriminalität" (Drogen-, Umwelt-, Finanz- u.a. Delikte) zu berücksichtigen.

Zweitens sollte die Analyse der polizeilich bekannten Lage im Bereich von Sicherheit und Ordnung, wie sie sich in den Notrufen und Funkstreifeneinsätzen der Polizei darstellt, durchgeführt werden. Kriminalität stellt im polizeilichen Alltagsgeschäft einen Bereich unter mehreren relevanten dar. Die Analyse dieser Anforderungen von und an die Polizei und der darauf erfolgenden oder selbst initiierten polizeilichen Einsätze ermöglicht eine gut dokumentierte, regional genaue, phänomenologisch differenzierte und anhand

der Alltagserfahrungen der eingesetzten Polizeibeamten kontrollierbare Zustandsbeschreibung eines Gemeinwesens und seiner Bewohner, ihrer Probleme und Konflikte, ihrer Befindlichkeiten und Vorstellungen (z.B. von polizeilicher Hilfeleistung). Ergänzt werden kann und sollte diese Analyse durch eine Auswertung der einschlägigen Verkehrsunfallstatistiken. Für beide Bereiche (Sicherheit und Ordnung sowie Verkehr) ist die Polizei die einzige und zudem noch kompetente Institution, die über deskriptives Wissen ebenso verfügt wie über tradierte, zumeist (nicht immer) bewährte Handlungs- und Interventionskonzepte. Dieses Knowhow muss die Polizei dem Gemeinwesen zur Verfügung stellen, damit zu dessen Gunsten entsprechende Maßnahmen ergriffen werden können. Dabei besitzt vor allem der Polizeibeamte, der im Wach- und Wechseldienst arbeitet, dieses Wissen, das nicht oder zumindest nicht in angemessener Weise von seinen Vorgesetzten erkannt und als Grundlage für allgemeine oder konkrete Entscheidungen genommen wird. Dies möglicherweise auch, weil es sich um intuitiv erworbenes Wissen handelt, über dessen Bedeutung sich auch der einzelne Beamte nicht im Klaren ist. Viele Informationen, die für ihn selbstverständlich sind, haben andere Personen, für die diese Informationen bei Entscheidungen wichtig wären, nicht.

Die Produktion und Verarbeitung von Informationen wird entsprechend als wichtige, möglicherweise sogar die wichtigste polizeiliche Aufgabe angesehen, als "Herzstück" schutz- und kriminalpolizeilicher Tätigkeit. In diesem Zusammenhang spielt dann die individuelle Kommunikationsfähigkeit des Beamten (mit dem Bürger, mit "Betroffenen", mit Institutionen der Gemeinde, aber auch innerhalb seiner eigenen Behörde) eine ebenso wichtige Rolle wie die technologische Unterstützung, die leider manchmal als "Allheilmittel" angesehen wird und nur dann tatsächliche Vorteile bringen kann, wenn sie in unmittelbarer Abstimmung mit den Betroffenen auf deren Bedürfnisse eingeht und gleichzeitig die möglichen Schnittstellen aus der Polizei heraus berücksichtigt.

Drittens ist eine Analyse des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung und der von ihr benannten allgemeinen Probleme im Gemeinwesen durchzuführen. Dies ist nicht nur deshalb von Bedeutung, weil es zumindest ebenso wichtig ist, die subjektive Befindlichkeit wie die objektive Lage zu

verändern, sondern weil wir alle wissen, dass zwischen dem subjektiven Sicherheitsempfinden und der objektiven Lage oftmals große Unterschiede bestehen und es auch zu den polizeilichen Aufgaben gehört, ein realistisches Bild der individuellen Bedrohung zu vermitteln (auch wenn dies manchmal aus verschiedenen Gründen schwerfällt). Diese Analyse ist wichtig, weil sie wichtige Hinweise auf Situationen und Konstellationen gibt, die den einzelnen Bürger beunruhigen, die ihn (ohne dass es sich hierbei um unmittelbare Probleme der öffentlichen Sicherheit und Ordnung handelt) verunsichern. Die Analyse kann mit Hilfe einer Bürgerbefragung, die repräsentativ (wie im Rahmen der Begleitforschung), aber auch selektiv (z.B. durch eine Expertenbefragung oder Interviews mit Meinungsführern der Gemeinde) oder durch die Polizei selbst (z.B. durch Gespräche mit Bürgern) erfolgen kann.

Letzteres hätte über den Informationsgewinn noch weitere positive Folgen: Die Bürger als "Kunden" fühlen sich von der Polizei ernstgenommen, sie erleben Polizeibeamte auch einmal in einer nicht-repressiven Rolle und die Polizeibeamten erhalten auch positive Feedbacks über ihre Tätigkeit und können das Leistungsspektrum polizeilicher Tätigkeit dem Bürger leichter vermitteln.

Die Analyse der allgemeinen Probleme einer Gemeinde bedeutet in diesem Zusammenhang, die Probleme und Unsicherheiten, die die Bürger in einer Gemeinde empfinden, zu benennen und nach Möglichkeiten der Abhilfe zu suchen. Sicherheit erlangt als Standortfaktor nicht nur für Firmen und Dienstleistungsunternehmen, sondern zunehmend auch für Privatpersonen eine große Bedeutung. Aufgabe der Polizei muss es sein, zu definieren, wann ein Problem als polizeiliches Problem anzusehen ist, wann es sich um ein "gemischtes Problem" handelt und wann Probleme vorliegen, die zwar bei der Polizei auflaufen oder ihr bekannt werden, die aber eigentlich in den Zuständigkeitsbereich anderer Behörden und Institutionen fallen. Die Polizei sollte dann ihr Knowhow im Bereich der "gemischten" oder "nichtpolizeilichen" Probleme zur Verfügung stellen, damit gemeinsam mit anderen oder von anderen entsprechende Maßnahmen getroffen werden können.

Im Ergebnis kann diese Analyse verschiedene Konsequenzen haben, die von einer Intensivierung repressiver polizeilicher Maßnahmen (z.B. gegen eine

offene Drogenszene oder gegen Tageswohnungseinbrüche) über verstärkte herkömmliche polizeiliche Präventionsmaßnahmen bis hin zu neuen Konzepten der kommunalen Kriminalprävention führen.

Wichtig ist, dass von Anfang an alle in der Gemeinde Verantwortung tragenden Personen und Institutionen an der Analyse und an der Entscheidung über daraus zu ziehende Konsequenzen beteiligt werden. Wir wissen, dass viele Probleme, möglicherweise sogar in ihrer Mehrzahl, mit denen die Polizei tagtäglich konfrontiert wird, nicht nur von ihr nicht zu verantworten sind, sondern auch mit polizeilichen Mittel nicht, bestenfalls auch nur temporär (also zeitlich befristet) entweder durch räumliche oder deliktische Verlagerung bewältigt werden können - wobei dies keine Lösung auf Dauer sein kann.

Analysen polizeilicher Tätigkeit haben gezeigt, welch buntes und umfangreiches Spektrum von Tätigkeiten im polizeilichen Alltagsgeschäft anfallen. Der Kernbereich polizeilicher Tätigkeit ist der Kontakt zum Bürger - sei es bei der Aufnahme eines Verkehrsunfalls, bei der ersten Hilfe nach einem Einbruch oder bei sonstigen Unwägbarkeiten des menschlichen Alltags, für die sich außer der Polizei niemand zuständig fühlt und für deren Bewältigung außerhalb der üblichen Geschäftszeiten niemand erreichbar ist. Insgesamt hat die gemeindenahere und problemorientierte Polizeiarbeit einen größeren Einfluss auf das Empfinden und die Wahrnehmung der Bürger als auf die tatsächliche Lage.

Solche Projekte haben einen positiven Einfluss auf die Einstellung der Bürger zur Polizei und ihrer Arbeit, vor allem, weil die Bürger spüren, dass sich die Polizei um ihre Belange kümmert und bemüht ist, die Probleme zu lösen (auch wenn sie dazu möglicherweise objektiv nicht in der Lage ist) sowie sie selbst und ihre Befindlichkeit (und nicht der Staat und dessen Interessen) im Vordergrund stehen. Möglicherweise damit in unmittelbarem Zusammenhang steigt die Zufriedenheit der Polizeibeamten mit ihrer Arbeit.

Angst vor Kriminalität kann ein größeres Übel sein als Kriminalität selbst. Diese Angst kann mittelfristig dort zur Konflikteskalation beitragen, wo man sich bewaffnet, weil man glaubt, sich mit Gewalt verteidigen zu müssen. Oder aber sie führt dazu, dass die Bürger das Vertrauen in die Institutionen,

die für die Innere Sicherheit zuständig sind – und damit in den Staat insgesamt – verlieren. Besonders in Ländern im Umbruch ist dieser Aspekt von besonderer Bedeutung, da fast immer mit Ende des Krieges oder der Periode des Wandels und Umbruchs die Straftaten ansteigen und sich damit die Unsicherheit und die Verbrechensfurcht der Menschen verstärken.

Dabei wissen wir, dass die Verbrechensfurcht nicht im Verhältnis zur tatsächlichen Opferbelastung steht, dass es zunehmend junge Menschen sind, die Opfer von Straftaten werden und auch entsprechende Verbrechensfurcht äußern (gleichzeitig aber auch Täter sind) und dass der eigene Lebensbereich wird in der Regel als eher sicher angesehen wird and andere Bereiche.

Sicherheit in der Gesellschaft besteht aus vielen Variablen, wozu gehören die räumliche Sicherheit (sichere Nachbarschaft), die Sicherheit der Umwelt (Schutz vor schädlichen Umwelteinflüssen, vor ungesunden und unsicheren Produkten), die Sicherheit der eigenen Lebensgestaltung (Sicherheit des eigenen Einkommens und der eigenen Lebensgestaltung), die Sicherheit der kulturellen und persönlichen Identität (Gewährleistung kultureller, ethnischer, regionaler und anderer Besonderheiten).

Dieser Verbund von „Sicherheiten“ wird von den Bürgern oftmals als diffuses Konglomerat wahrgenommen, dessen einzelne Facetten nicht oder nur selten differenziert betrachtet werden. Dies führt im Ergebnis dazu, dass allgemeine Ängste in den Bereich der (Angst vor) Kriminalität transferiert und dort „abgeladen“ werden – mit den bekannten Problemen vor allem dann, wenn die „üblichen tatverdächtigen“ in der öffentlichen Diskussion mitgeliefert werden. Dies sind in den Ländern im Umbruch oftmals Randgruppen oder (ethnische) Minderheiten, in Südosteuropa besonders oft Sinti und Roma.

Kriminologen wissen, dass es keine gesicherte Ausgangslage gibt, um die Kriminalitätsentwicklung in einem Land objektiv und rational zu beurteilen. Damit ist die Basis für eine rationale Steuerung polizeilichen Handelns sehr dünn. Zwar dürfte regional und nachbarschaftsbezogen eine Analyse (und damit eine Steuerung polizeilichen Handelns) möglich sein, indem man ein umfassendes Lagebild der jeweiligen Kommune oder der betreffenden Nachbarschaft erstellt. Ein solches Lagebild erfordert aber einerseits den

Willen, dies zu erstellen, und andererseits das dazu notwendige Wissen. Dieses wird oftmals im Rahmen der Reformbemühungen der internationalen Gemeinschaft entweder vorausgesetzt oder ignoriert. Stattdessen setzt man auf Strategien und Techniken des „Community Policing“, wohlwissend, dass diese Form der bürgernahen Polizeiarbeit keine „Strategie“, sondern eine Philosophie ist, d.h. wenn Community Policing in einem Land flächendeckend eingeführt werden soll, dann muss dies nicht nur horizontal, sondern auch vertikal über alle polizeilichen Hierarchieebenen hinweg erfolgen. Das Denken muss sich ändern, nicht (nur)n das Handeln.

Gesellschaftliche und soziale Entwicklungen in Post-Conflict-Countries machen es erforderlich, dass sich die Polizei (die oftmals zumindest teilweise bis weitgehend aus vom vorherigen System „übernommenen“ Polizeibeamten besteht) stärker noch als bisher an die sich ändernden gesellschafts-, sicherheits- und bildungspolitischen Rahmenbedingungen anpasst. Zudem muss die Polizei auch auf ein verändertes Verständnis staatlicher Tätigkeiten z.B. im Verwaltungs-, aber auch im sozialen Bereich reagieren.

Dazu gehören mehr Entscheidungskompetenzen im Alltag. Während Juristen als Staatsanwälte und Richter, die Zeit haben, ihre Entscheidungen zu überlegen und durch entsprechende Techniken abzusichern, stehen Polizeibeamte unter extremem Entscheidungsdruck. Oftmals muss innerhalb von Sekundenbruchteilen entschieden werden, ob und wie zu handeln ist. Dazu benötigen die Beamten die fachliche und persönliche Kompetenz.

Entsprechende Führungskompetenzen und Leitungsstrategien sind notwendig, wobei nicht nur die Polizei "häuptlinge", sondern auch ihre "Indianer" Führungskompetenz brauchen. Führen heißt nicht nur delegieren, anweisen, kontrollieren und kooperieren, es heißt auch und vor allem, sich selbst zu führen, sich zu motivieren, sich selbst zu kontrollieren, zu kooperieren und seine Arbeit richtig und konstruktiv zu planen. Zudem sind mehr soziale und kommunikative Kompetenzen sind notwendig, um die zunehmenden Konfliktschlichtungen und die anderen Anforderungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung angemessen bewältigen zu können. Soziale Kompetenzen werden zu der wichtigsten Grundanforderung an jede Polizei-

beamtin und jeden Polizeibeamten werden, weil der Bürger nach einem solchen gesellschaftlichen Umbruch autoritatives Verhalten nicht mehr akzeptiert und weil auch der Polizeibeamte selbst nicht mehr autoritär "geführt" werden will. Es müssen Deeskalationsstrategien gelernt und eingeübt werden, die Vermeidung von Konflikten muss durch ein Konflikttraining zum integralen Bestandteil einer polizeilichen Persönlichkeit werden (dies erfordert im Übrigen bestimmte persönliche Kompetenzen bei den Beamten). Dabei handelt es sich nicht um eine neue "Technik", die man so erlernen kann wie z.B. das fachgerechte Schließen einer verhafteten Person; es ist eine personen-bezogene Grundkompetenz, die sich nur bei selbstverantwortlichen, emanzipierten und kompetenten Beamten entwickelt.

Eine solche gemeindeorientierte Polizeiarbeit bedeutet, dass man die Einsicht gewinnt, dass Innere Sicherheit nicht von der Polizei alleine garantiert werden kann. An ihr muss im Verbund von Polizei und Gemeinwesen ständig und beständig gearbeitet werden. Für die Ausbildung bedeutet dies, dass gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit als neue Philosophie und nicht neue Taktik verstanden und unterrichtet werden muss.

Die in vielen Ländern nach einem gesellschaftlichen Umbruch erfolgende Privatisierung der inneren Sicherheit findet nicht (nur) statt, weil die Polizei versagt. Das starke Anwachsen des Privateigentums und die allgemeine Zugänglichkeit vieler Privatbereiche bei gleichzeitiger Beschränkung der Freiheitsmöglichkeiten der Nicht- oder Weniger-Habenden haben zu diesem Prozess der Selbsthilfe geführt. Dabei ist natürlich ständig ein kritisches Augenmerk auf die Zusammenarbeit und das Wechselspiel zwischen "öffentlichen" und "privaten" Sicherheitskräften zu richten. Die Kontrolle von Macht erweist sich als das Kernproblem, die begriffliche Gegenüberstellung von "privat" und "öffentlich" ist hier nicht länger weiterführend. Private Sicherheitsdienste müssen in staatliches, polizeiliches Handeln integriert werden, sie müssen von der Polizei kontrolliert und „lizensiert“ werden.

Generell ist die Polizei in Projekten zur kommunalen Kriminalprävention gefordert, ihre Stärken und Dienstleistungen, aber auch ihre Grenzen deutlich herausstellen, um den Bürgern und den in der Kommune politisch Verantwortlichen deutlich zu machen, welche Rolle sie im Gemeinwesen spielt

und spielen kann. Dabei ist es wichtig, dass durch eine dezentrale Verantwortlichkeitsstruktur bei der Polizei sichergestellt ist, dass die vor Ort tätigen Beamten selbst entscheiden, ob und in welcher Form sie sich an dem oder den Projekten beteiligen.

An der polizeilichen Basis ist die Einsicht, dass die eigentlichen Ursachen für die Gefährdungen der inneren Sicherheit nicht mit polizeilichen Mitteln angegangen werden können, ebenso weit verbreitet wie die Bereitschaft, an neuen Projekten mitzuwirken, auch wenn sie andere als die polizeibekanntes Präventionsstrategien beinhalten. Um den Beamten den langen Atem zur Mitarbeit an solchen Projekten zu sichern, muss die Polizeiführung allerdings diese Präventionsaktivitäten in angemessener Form zu würdigen, d.h. bei der Personalberechnung und bei der Mitarbeiterführung (z.B. bei Beförderungen) berücksichtigen. Das polizeiliche Alltagshandeln darf nicht (nur) durch die Kriminalitätsbekämpfungs-Brille gesehen werden. Die besten und motiviertesten Polizeibeamten müssen an den Stellen eingesetzt werden, an denen der direkte Kontakt mit dem Bürger stattfindet.

Insgesamt darf es sich bei Konzepten der "bürgernahen Polizeiarbeit" bzw. des "Community Policing" nicht um vereinzelte, z.B. auf bestimmte Aktionen begrenzte Projekte handelt, sondern es müssen bestimmte Strategien und Programme dahinter stehen, wenn diese Idee tatsächlich positive Auswirkungen haben soll. Community Policing ist Philosophie, nicht Taktik.

Die Mehrzahl der (empirischen und theoretischen) Studien geht davon aus, dass die Polizei Kriminalität nicht (wirkungsvoll) verhindern und nur bedingt beeinflussen kann. Denn: Die meiste Polizeiarbeit beschäftigt sich gerade nicht mit Kriminalitätsbekämpfung, sondern mit anderen Aufgaben (Verkehr, Hilfeleistungen, Konfliktschlichtungen etc.). Entsprechend können sich personelle Verstärkungen, wenn überhaupt, dann auch nur anteilmäßig auswirken. Nur ein erheblicher Anstieg in der Zahl der Polizeibeamten kann überhaupt genug Präsenz produzieren, um vom Bürger wahrgenommen zu werden. Die meisten polizeilichen Tätigkeiten haben nur geringe präventive Bedeutung. Die Polizei beschränkt sich zu sehr auf PKW-Streifen und Reaktionen auf Notrufe. Entsprechend sind auch Strategien entwickelt worden, den Anteil der reaktiven (d.h. auf einen Notruf reagierenden) Maßnahmen zu reduzieren und den Anteil der Anrufe über die Notruf-Nummer, die keine unmittelbare Gefahr zum Anlass haben, zu verringern.

Die Behauptung, dass mehr Polizeibeamte weniger Kriminalität bedeuten, geht von der Annahme aus, dass Verbrecher rational und unter Abwägung der Kosten und Nutzen Straftaten begehen. Dies dürfte aber nur für einen kleinen Teil (zudem besonderer) Täter zutreffen und eher die Entscheidungen, welche Straftaten man begeht und wie und wie oft sowie wo man dies tut, betreffen. Der rational kalkulierende Straftäter ist nach allen empirisch vorliegenden Untersuchungen die Ausnahme. Dabei geht man von der Annahme aus, dass mehr Polizei die Entdeckungswahrscheinlichkeit signifikant erhöht und damit die Wahrscheinlichkeit, für eine Tat bestraft zu werden. Zumindest im Bereich der leichten bis mittleren Kriminalität ist die Entdeckungswahrscheinlichkeit aber so gering, dass selbst eine Erhöhung dieser Wahrscheinlichkeit im 10%-Bereich für den/die Betroffenen nicht spürbar wäre.

Die Annahme, dass (verhaftete und zu Freiheitsstrafe verurteilte) Täter keine Taten (außerhalb des Vollzuges) begehen, erscheint berechtigt; allerdings haben Versuche in den USA, daran kriminalpolitische Maßnahmen zu orientieren (Stichwort: selective incapacitation), mangels empirischer Validität entsprechender Prognosen keinen Erfolg gehabt. Die (unterstellte) abschreckende Wirkung von Verhaftung und ggf. Sanktionierung ist ebenfalls eher gering zu bewerten.

Umgekehrt spricht einiges dafür, dass ein Mehr an Polizei auch ein Mehr an Kriminalität bedeutet: Die Entdeckungswahrscheinlichkeit und damit die Aufhellung des Dunkelfeldes steigt, die Verfügbarkeit von Polizei veranlasst die Bürger, mehr Taten der Polizei zu melden und die potentiellen Täter begehen ggf. mehr einfache Taten, um ihren Lebensstandard zu halten.

Dabei ist der Glaube an die Wirkung repressiver Maßnahmen vor allem auch in Ländern im oder nach einem Umbruch ungebrochen. Prävention kombiniert mit repressiven Elementen dort, wo sie unmittelbar und sofort bemerkt werden, könnte die Lösung zu sein. Nicht das aggressive Vorgehen der Polizei, sondern deren Motivation und Zusammenarbeit mit den Bürgern ist dabei der entscheidende Faktor. Die Entwicklung des community based policing widerspricht diametral solchen Ansätzen wie der „Zero Tolerance“ in New York. Es ist und war Nonsense, das Problem der Veränderung der

Mordrate in New York mit community policing in Verbindung zu bringen. Gesetzesänderungen (vor allem Verschärfungen) haben keinen Einfluss auf die Kriminalitätsentwicklung. Entscheidend sind regionale Maßnahmen vor Ort im Verbund von Prävention, Repression und Therapie.

Ein „Lernunternehmen Polizei“ ist erforderlich, um den besonderen Herausforderungen an die (Wieder-)Herstellung der Inneren Sicherheit in Ländern im oder nach einem Umbruch zu gewährleisten. Das setzt aber voraus, dass die Polizei über Reformwille in Bezug auf Strukturen verfügt, kreative, selbstbewusste und gut ausgebildete Mitarbeiter hat, sich um eine Professionalisierung im sozialen Sinne bemüht (nicht um eine Technologisierung). Zudem muss die Ausbildung sich ständig weiterentwickeln und eine wissenschaftlich abgesicherte Evaluation der eigenen Arbeit, von Reformen und von Ausbildung erfolgen.

Verschiedenen Interventions-, Repressions- und Präventionsstrategien, die jeweils "maßgeschneidert" an die konkrete regionale Situation angepasst werden, müssen entwickelt werden, wobei die Einbindung polizeilicher Maßnahmen in ein soziales Gesamtkonzept erfolgen muss: Innere Sicherheit ist (viel) mehr als Sicherheit vor Kriminalität. Und Kriminalität ist oftmals nur Ausdruck von (wachsener) sozialer Unsicherheit.